71. Jahrgang. № 577

Donnerstag, 9. Dezember 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Dezember 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Postbezugspreis für Monat Dezember 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Auswärtige Aufträge geg. Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Das Restaurant der gutbürgerlichen Kreise
Die Stadt-Küche — Fest-Räume
STADT GOTHA
Die bekannte Qualitäts-Küche
Hochelle, vollwertige Biere
Das Souper vor u. nach dem Theater M. 2.75
Ernst Kögel jun.

Briand will einen neuen Rheinlandpakt.

Auf Schleichwegen zum französischen Ziel. — Einigung der Juristen über die Investigationen?

Bemühungen des Kanzlers um Besänftigung der Sozialdemokraten. — 6 Monate Barmat-Prozeß. — Korruption im Reichsmonopolamt.

Staatssekretär v. Schubert bei Chamberlain.

Genf, 8. Dez. Staatssekretär v. Schubert hatte heute vormittag mit Chamberlain eine längere Unterredung. Von unterrichteter Seite wird erneut betont, daß die weitere Entwicklung der Verhandlungen gegenwärtig wesentlich von der Entscheidung der Pariser Botschafterkonferenz abhänge. Die Arbeiten liegen gegenwärtig in erster Linie in den Händen der einzelnen Sachverständigen, die Einzelvorschläge für das Zustandekommen einer Kompromißformel ausarbeiten.

Die Verhandlungen über eine Revision des Investigationsprogramms berühren gegenwärtig in erster Linie folgende drei Punkte:

1. Aufhebung der Bestimmungen über die éléments stables.

2. Aufgabe des Prinzips der Kontinuität für die Investigationen.

3. Durchführung der Investigationen in Deutschland durch Polizeiorgane.

Man nimmt an, daß nach dem Eintreffen näherer Mitteilungen von der Botschafterkonferenz sofort eine Konferenz der fünf Mächte stattfinden wird. (TU.)

•

Aus den Unterredungen des Staatssekretärs von Schubert sowohl mit der englischen wie auch mit der französischen Delegation ergab sich die Tatsache, daß **Frankreich**

eine Art neuen Rheinlandspakt

aufstellen will, der eine Umgehung des Versailler Vertrages zuungunsten Deutschlands bedeuten würde

Der französische Plan dreht sich darum, daß in der Hauptsache schon im Augenblick die interalliierte Militärkontrolle aufgehoben werden soll. Frankreich sei bereit, die Verhandlungen darüber in Paris zu beschleunigen, wenn eine Einigung über das Investigationsprotokoll zustande käme.

Es könnten dann sogar einzelne Streitfragen, die jetzt zwischen Deutschland und der interalliierten Militärkontrolle noch nicht gelöst seien, der Investigationskommission übertragen werden. Wenn Deutschland ein in dieser Richtung von Frankreich angebotenes Kompromiß annehme, **könnte die Aufhebung der interalliierten Militärkontrolle bereits zum 1. Januar erfolgen.** — Der französische Vorschlag geht dann noch weiter. Die Schwierigkeit, die ständige Völkerbundskontrolle aus dem Art. 213 des Friedensvertrags zu begründen, wird anerkannt. Frankreich müsse aber, wenn man über die Räumung verhandeln wolle, neue Sicherheiten haben, durch ein besonderes System der Militärkontrolle für die entmilitarisierte Zone, **an dem sich Deutschland beteiligen könnte.** In diesem Sinne denkt man an eine Rheinlandentente, die die Kontrolle der entmilitarisierten Zone zur

Verstärkung der Sicherheit aus den Locarno-Verträgen

übernehmen könnte. Es ergibt sich also die Tatsache, daß die Franzosen die Völkerbundskontrolle am Rhein und die Räumung der besetzten Gebiete miteinander verquicken wollen.

Wie von seiten der deutschen Delegation versichert wird, kommt dieser Vorschlag für Deutschland nicht in Frage. Die deutsche Delegation ist entschlossen, sich mit keinem System einverstanden zu erklären, bei dem nicht die Kontrolle auf Beschluß des Völkerbundsrates nur von Fall zu Fall verfügt wird. Die deutsche Delegation werde auch

kein Sonderregime für das Rheinland

anerkennen. Die deutsche Delegation will aber dennoch alle Vorschläge, die man von seiten der Entente macht, zunächst einmal einer Prüfung unterziehen. Es könnte sich bei solchen Prüfungen natürlich lediglich um Ausnahmen handeln. Die Bestimmung über die ständige Völkerbundskontrolle, wie sie sich im Investigationsprotokoll befindet, müsse vollständig gestrichen werden.

Deutschland dürfe auch nicht von der Teilnahme an den Investigationskommissionen für andere Länder ausgeschlossen werden. Die Ausführungsbestimmungen zum Investigationsprotokoll müßten im Sinne der deutschen Gesetze abgefaßt werden.

Heute Entscheidung der Botschafterkonferenz.

Genf, 8. Dez. Der Generalsekretär der Botschafterkonferenz, Massigli, ist heute abend nach Paris abgereist, wo am Donnerstag nachmittag die entscheidende Sitzung der Botschafterkonferenz stattfindet.

Vor Donnerstag abend oder Freitag früh dürfte die Konferenz zwischen Stresemann, Briand, Chamberlain, Vandervelde und Zalewski kaum stattfinden, da man in jedem Falle auf die Beschlüsse der Botschafterkonferenz warten will. Dr. Stresemann ist heute, trotzdem es ihm gesundheitlich besser geht, den größten Teil des Tages im Bett geblieben. Auch der französische Außenminister Briand hütete heute das Zimmer, da er sich eine Erkältung zugezogen hat.

Was wird in Genf?

Noch niemals seit dem Bestehen des Völkerbundes hat es sich so deutlich gezeigt wie bei der gegenwärtigen Ratstagung, daß die Genfer Einrichtung vor allem andern zu der Börse geworden ist, an der die europäische und die Weltpolitik in großen Zügen verhandelt wird. An die 40 Punkte umfaßt die Tagesordnung der eigentlichen Völkerbundsarbeit, von der internen Frage der Beamtenernennungen über die Probleme Danzigs, des Saargebietes, Oesterreichs bis zu der Flüchtlingsbetreuung am Balkan und in Armenien. Gewiß Arbeit genug nach Umfang und Wichtigkeit, um die Staatsmänner Europas eine Woche lang ausgiebig zu beschäftigen. Statt dessen beobachtet man, daß dies alles zur Klärung den verschiedenen Völkerbundsabteilungen überlassen wird, während die Ratssitzungen mit virtuoser Flüchtigkeit über den Verhandlungsstoff hinweggleiten, damit möglichst schnell die eigentliche politische Arbeit hinter doppelt verschlossenen Hoteltüren beginnen kann. Ausgehend von dem Punkte der Tagesordnung, der die Ernennung des Vorsitzenden der Investigationskommission betrifft, konzentriert sich das politische Tauziehen der Genfer Matadoren, wie zu erwarten war, auf die beiden Fragen: Abberufung der Interalliierten Militärkontrolle aus Deutschland und deren Ersatz durch ein System der Investigationen. Den alliierten Außenministern kommt bei diesem Ringen gegen den verzweifelten deutschen Widerstand, der das erste fordert und das zweite nur im Rahmen des Versailler Vertrages will, ihre doppelte Eigenschaft als Außenminister und als Völkerbundsvertreter ihrer Länder zugute. Sinnreich geht seit einigen Tagen zwischen Genf und Paris das Spiel hin und her, das darin besteht, daß die Außenminister der mit der deutschen Entwaffnung befaßten Botschafterkonferenz Anweisungen zugehen lassen, die zur Feststellung neuer deutscher „Verfehlungen" führen, und daß dann dieselben Politiker in Genf den Deutschen mit den so gewonnenen Waffen auf den Leib rücken, um unter Hinweis auf fehlende „Garantien" deutsche Zugeständnisse in der Investigationsfrage zu erpressen. Diese Zwickmühle erhöht die Manövrierfähigkeit der Alliierten und nimmt den deutschen Unterhändlern die besten Steine weg.

Man ist sich zwar in Völkerbundskreisen vollkommen klar darüber, daß Stresemann in diesen Fragen innerpolitisch so festgelegt ist, daß er, ohne seine Politik und seine Stellung zu gefährden, von dem klar formulierten deutschen Standpunkt nicht abgehen kann, und man rechnet trotz Briands gegenteiliger Beteuerungen kaum mit einer wirklichen Einigung, sondern höchstens mit einer verschleierten Verschleppung der ganzen Angelegenheit. „Begräbnis erster Klasse in einer juristischen Kommission", so lautet die Voraussage eines eingeweihten englischen Diplomaten. Anderseits besteht auch bei den Völkerbundsleuten kein Zweifel darüber, daß der französische Plan, — ganz besonders nach Locarno — ungerecht und mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages unvereinbar ist. Den Beweis dafür liefert die französische Presse, in der sogar so nationale Blätter wie das „Echo de Paris" die deutschen Thesen sowohl in der Frage der Völkerbundskontrolle wie in bezug auf die Rheinlandräumung zum großen Teil im Einklang mit den Vertragstexten finden. Das hindert die Gegenseite natürlich nicht, immer neue Steine in den Weg logischer Folgerungen zu wälzen. Vor allem wird der Einwand von den noch immer fehlenden deutschen Garantien bis zum Ueberdruß wieder aufgewärmt, um die rechtliche Lage zu umgehen und obendrein den Handel vor aller Welt wieder als ein Zeichen des unermüdlichen französischen Verständigungswillens erscheinen zu lassen.

Nicht anders sind all die Angebote zu bewerten, die bisher als „Kompromißvorschläge" bekannt geworden sind. Sei es, daß gegen Aufhebung der Militärkontrolle eine nur vorläufige Inkraftsetzung des Investigationsprotokolls mit späterer Revision der Einzelheiten angeregt wird, oder daß man die „éléments stables" im Rheinlande in alliierte Militärattachés in Berlin umwandeln oder auch unter einstweiligem Verzicht auf ein ständiges Organ die übrigen über den Versailler Vertrag hinausgehenden Einrichtungen der Investigation retten will, immer und überall handelt es sich darum, durch eine freundlichere Form die deutschen Bedenken abzuschwächen, in der Sache aber dem französischen Standpunkt zum Siege zu verhelfen. Briand läßt alle

Vor einer Einigung über die Investigationen.

Die Juristenbesprechung.

Genf, 8. Dezember. Die juristischen Sachverständigen Gaus, Hurst und Fromageot sind heute nachmittag nochmals zu einer Besprechung zusammengetreten, an der auch Brouguere teilnahm. Das W. T. B. verbreitet über das bisherige Ergebnis folgenden optimistischen Bericht aus Genf:

Die heutigen formlosen Unterhaltungen der juristischen Sachverständigen über die Abänderung des Investigationsprotokolls und seine Ausführungsbestimmungen berechtigen zu der Annahme, daß die Juristen zu einem Ergebnis kommen werden, das den deutschen Wünschen, wie sie in der Note des Reichsministers des Aeußern vom Januar dieses Jahres formuliert sind, gerecht wird. Wenn sich über Einzelheiten im Augenblick auch noch nichts sagen läßt, so steht doch schon fest, daß der Gedanke einer Zwischenlösung, der gestern noch eine große Rolle bei den Verhandlungen spielte, endgültig ausgeschaltet ist. **In einigen Punkten, so insbesondere hinsichtlich der nunmehr aufgegebenen sogenannten örtlichen ständigen Kontrollorgane in der entmilitarisierten Rheinlandzone und in bezug auf die ursprünglich den Investigationskommissionen zugestandene Exekutive ist bereits eine Einigung erzielt.** Die juristischen Sachverständigen werden ihre Besprechungen fortsetzen, um authentische und maßgebende Formulierungen über Ergänzungen und zur Auslegung des Investigationsprotokolls auszuarbeiten, über die dann ein formell bindender Ratsbeschluß herbeigeführt werden soll. (W. T. B.)

•

So bedeutsam es wäre, wenn man über die allgemeine Regelung des künftigen Investigationsrechtes des Völkerbundes zu einer Einigung käme, so wäre doch damit die weitere schwierige Frage der von den Franzosen nach wie vor verlangten besonderen Kontrolle der entmilitarisierten Rheinlandzone noch keineswegs geklärt. Die nachstehende Auslassung der Havas-Agentur läßt vielmehr erkennen, daß Frankreich seine Kontrollpläne für das Rheingebiet nach wie vor verfolgt, sie aber offenbar auf später vertagen will, um Deutschlands Zustimmung zu einer verewigten Rheinkontrolle durch etwaige Zugeständnisse in bezug auf eine frühere Rheinräumung zu erkaufen. Die französischen Pläne gehen also offenbar darauf aus, jetzt nur die beiden Punkte der Kontrollkommission und der Investigationen zu regeln, die Frage der für Deutschland unannehmbaren Rheinkontrolle aber noch zu verschieben.

Auch Havas optimistisch.

Das „Sonderkontrollregime" am Rhein soll erst später geregelt werden.

Paris, 8. Dez. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Genf hebt heute hervor, daß man in französischen Kreisen in Genf die Bedeutung der zwischen den Alliierten und Deutschland eingeleiteten Verhandlungen betont. **Die Organisation der internationalen Kontrolle, die an die Stelle der interalliierten Kommission** treten wird, sobald die Botschafterkonferenz sich für befriedigt erklärt habe, sei wichtig genug, um für sich allein die Aufmerksamkeit der in Genf vereinigten Delegationen in Anspruch zu nehmen. Die grundsätzliche Zustimmung der Deutschen zu einem Kontrollsystem des Völkerbundes nach Art. 213 des Versailler Vertrages stelle die Grundlage der gegenwärtigen Verhandlungen dar und lasse durch den guten Willen, den sie bekunde, einen günstigen Ausgang erwarten. **Wenn, wie man überzeugt sei, der Völkerbund in einigen Tagen zu einer Verständigung kommen könne, würden andere Probleme aufgeworfen werden können, nämlich das der Sonderkontrollregime im Rheinlande und sogar das Problem einer Räumung der besetzten Gebiete. Für den Augenblick sei aber weder von dem einen noch den anderen dieser schwerwiegenden Probleme die Rede,** und es sei keine Wahrscheinlichkeit, daß sie auf die Tagung der gegenwärtigen Ratstagung gesetzt werden würden, d. h., daß die von gewissen Kreisen geplante Abänderung einer Kontrolle in den Rheinlanden kommenden Besprechungen vorbehalten bleibe.